

ZUSAMMENLEBEN IN WIEN

Als Großstadt mitten in Europa hat Wien eine besondere Geschichte und war schon immer von kultureller Vielfalt und Diversität geprägt. Diese Diversität hat Wien erfolgreich gemacht. Heute müssen wir weiter daran arbeiten, dass ein friedliches Zusammenleben aller Wiener_innen selbstverständlich ist.

In Wien darf es nicht mehr darauf ankommen, woher man kommt oder wen man kennt. Jede Bürgerin und jeder Bürger unserer Stadt muss die gleichen Chancen haben. Das gilt für alle Aspekte des Lebens. Wer einen Beitrag zur positiven Entwicklung der Stadt und unserer Gesellschaft leisten will, muss die Möglichkeit dazu bekommen.

Der Wille zur Integration muss auf allen Seiten vorhanden sein. Wien als Stadt muss es Menschen immer möglich machen, Teil der Gesellschaft zu werden. Zugezogene müssen aber auch bereit sein, diesen Schritt zu gehen. In unserer offenen Gesellschaft darf es keine Toleranz der Intoleranz geben: Unsere Werte der liberalen Demokratie, des säkularen Rechtsstaats, der Gleichberechtigung und des Respekts gegenüber jedem Einzelnen sind nicht verhandelbar. In unserer Stadt ist kein Platz für die Missachtung unserer grundsätzlichen Werte.

Zu einem friedlichen Zusammenleben gehört auch Solidarität mit denjenigen, die Schwierigkeiten haben. Um Armut zu bekämpfen, muss die Arbeitsmarktpolitik wieder zu einem Sprungbrett in die Erwerbstätigkeit werden. Sozialsysteme müssen nachhaltig und generationengerecht gesichert werden, damit wir uns auch in Zukunft auf unsere gesellschaftlichen Sicherheitsnetze verlassen können.

Integration

Die Stadt Wien ist von Zuwanderung und Vielfalt geprägt. Davon hat sie über Jahrzehnte kulturell sowie wirtschaftlich profitiert. Aber vor den Problemen verschließt die Wiener Stadtregierung zu oft die Augen. Statt langfristig zu denken und Verantwortung für die Missstände zu übernehmen, wird nur das Nötigste repariert. Das kostet uns viel Geld und den Betroffenen viele Chancen. Das wollen und können wir uns nicht mehr leisten.

In den letzten Jahren ist der politische Einfluss von Gruppen gestiegen, deren Ziel und Kapital die Spaltung und das Schüren von gesellschaftlichen Konflikten ist. Auch bereits integrierte Bürger_innen werden so radikaliert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Diese problematischen Entwicklungen in der Integrationspolitik werden von den Regierenden totgeschwiegen, was die Lage nur weiter verschärft.

Um die gesellschaftliche Debatte über Integration konstruktiv zu gestalten, braucht es klar definierte Grundhaltungen und eine aktive Politik. Nur so können die richtigen Maßnahmen gefunden und gesetzt werden. Wir wollen weder dramatisieren noch wegschauen. Verantwortung mit Weitblick und Sachverstand ist die Grundlage unserer Politik, in der wir Probleme ansprechen und mit ehrlichen Lösungen ein gutes Zusammenleben sichern.

Der Umgang mit Flüchtlingen erfolgt derzeit bürokratisch, ineffizient und chaotisch. Betroffene wissen oft nicht, an welche Behörde sie sich wenden sollen. Sie werden von einem Ort zum anderen geschickt. So dauert es viel zu lange, bis Neuangekommene die Chance haben, Teil unserer Gemeinschaft zu werden.

- Asylwerber_innen brauchen ein Informationsangebot, im Rahmen dessen vermittelt wird, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang das Recht auf Arbeit besteht.
- Die Feststellung der Kompetenzen von Flüchtlingen, die keine formalen Bildungsabschlüsse nachweisen können, ist ein essenzieller Schritt bei ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- Die direkte Zuweisung von Asylwerber_innen zu einer zentralen Anlaufstelle – einem One-Stop-Shop –, verringert den bürokratischen Aufwand. Die Folge: Eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Integrationsstellen und der Wirtschaft. NGOs und Hilfsorganisationen, die sich um die Integration von Asylwerber_innen kümmern und Arbeitsmarktservice müssen ebenfalls maßgeblich in die Abläufe eingebunden sein. Die Stadt Wien kann sich hier am Best-Practice-Beispiel Hamburg orientieren, wo alle für Integration relevanten Stellen unter einem Dach angesiedelt sind. So gelingt eine effiziente Vermittlung von Flüchtlingen in Ausbildung, Studium und Arbeit.
- Die Kenntnis über die rechtlich-administrativen Rahmenbedingungen muss sichergestellt werden. Wichtig sind straffe Verfahren mit klaren administrativen Regeln für Arbeitsgenehmigungen und die erforderlichen Zeugnisse.
- Rechtsvorschriften müssen überall gleich umgesetzt werden. Der Ermessensspielraum auf lokaler Ebene soll begrenzt werden.

- Arbeitgeber_innen, die Asylwerber_innen einstellen wollen, müssen in Form von umfassenden Informationen, Schritt-für-Schritt-Leitfäden und individueller Beratung unterstützt werden.
- Mitarbeiter_innen von Personalabteilungen sollen Schulungen zu Anforderungen und Rechten im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Asylwerber_innen angeboten werden.
- Asylwerbenden unter 25 Jahren, die sich bereits in Lehre in einem Mangelberuf befinden, soll es möglich sein, diese abzuschließen und im Anschluss noch zwei weitere Jahre im erlernten Beruf zu arbeiten - ganz nach dem deutschen „3+2“-Modell. Im Anschluss daran schafft man im Sinne nachhaltiger Lösungen Möglichkeiten für diese Personengruppe, andere Aufenthaltsgenehmigungen (beispielsweise die Rot-Weiß-Rot-Karte) zu beantragen. Diese Maßnahme hilft den Unternehmen, indem Rechtssicherheit hergestellt und der Fachkräftemangel bekämpft wird. Die jungen Menschen werden ermächtigt, auf eigenen Beinen zu stehen.
- Für Asylwerber_innen mit Berufserfahrung in Mangelberufen soll es Fast-Track-Feststellungen geben. In Schweden wurde dieses Modell für 20 Berufe – von Ärzt_innen bis hin zu weniger qualifizierten Arbeiten – eingeführt. Zunächst werden Kompetenzen festgestellt, dann absolvieren Asylwerber_innen Brückenkurse für ihre jeweiligen Berufe und besuchen parallel dazu Sprachkurse.

Unsere Schulen haben einen großen und verantwortungsvollen Integrationsauftrag. Fehlende Ressourcen und schlechte Rahmenbedingungen hindern sie oft daran, allen Kindern die nötigen und richtigen Fähigkeiten zu vermitteln. Ein erfolgreicher Anschluss an die Berufstätigkeit braucht starke und gut ausgestattete Schulen.

- Damit auch Kinder aus sozioökonomisch schwachen Haushalten ausreichend betreut und gefördert werden können, fordern wir kostenlose Ganztagsplätze für Schüler_innen an Schulen mit einer sehr hohen sozialen Herausforderung.

Schulen müssen zunehmend mit religions- und herkunftsbedingten Spannungen umgehen. Hintergrund sind dabei Diskriminierungserfahrungen der Schüler_innen, mangelnde Anerkennung durch die Gesellschaft, unkritisches Religionsverständnis und Nationalismus.

- Wir brauchen zusätzliche Mittel für Schulen, die besonders mit diesen Phänomenen zu kämpfen haben. Über einen Chancenindex sollen diese Schulen extra Förderungen bekommen. Das Ziel ist, dass aus „Brennpunktschulen“ echte Chancenschulen werden.
- Um in Schulen eine Kultur der Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu realisieren, müssen Schulen, die Ressourcen für Deutschkurse besonders benötigen, weitere Unterstützung erhalten. Zusätzlich soll dort die Bekämpfung von Diskriminierung und religiös-kulturellen Problemen in den Fokus gerückt werden. Ein Ausbau der Schulsozialarbeit ist darüber hinaus dringend nötig.
- Durch einen Ethikunterricht für alle wird Kindern ein Verständnis für verschiedene Kulturen und Weltanschauungen vermittelt. Ziel muss sein, dass sich Schüler_innen

kritisch mit Religionen und Glaubenssystemen auseinandersetzen. Dabei werden wichtige Fragen über die Voraussetzungen unseres demokratisch-aufgeklärten Gesellschaftsgefüges gestellt und beantwortet. Die gemeinsame Wertebasis unserer offenen Gesellschaft wird im Ethikunterricht verständlich dargestellt. Generell stärkt das Wissen über Religionen und ihre Geschichte junge Menschen in ihrer autonomen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Das Schulfach „Ethik und Religionen“ soll ein verpflichtendes Unterrichtsfach ab dem ersten Schuljahr sein.

- Damit Schüler_innen in Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen bestmöglich gefördert werden, müssen die besten Lehrer_innen für diese Schulen gewonnen werden.
- Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz und der Umgang mit Traumata sind Inhalte, die dringend Teil der Lehrer_innenausbildung werden müssen. Denn Schüler_innen mit Flucht- und Traumaerfahrungen werden durch ihre Vergangenheit in ihrem Lernfortschritt gehindert und brauchen besondere Unterstützung.
- Außerdem braucht es mehr Unterstützungspersonal an den Schulen, wie Schulpsycholog_innen, Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen.

Erfolgreiche Integration braucht verpflichtende Werte- und Orientierungskurse. Das Potential der Kurse kann aber besser genutzt und Chancen dadurch vergrößert werden.

- Die Kursdauer von acht Stunden ist zu kurz. Die sieben freiwilligen Vertiefungskurse zu je vier Stunden werden zwar angeboten, in der Praxis aber kaum in Anspruch genommen. Dadurch sind die Kurse meist eher symbolisch als nachhaltig wirksam. Wir fordern deshalb die Erweiterung der bestehenden Werte- und Orientierungskurse auf eine ganze Woche.
- Damit Frauen gleichberechtigt und gleichwertig an den Kursen teilnehmen können, sind verpflichtende Beratungseinheiten für Kursteilnehmerinnen hilfreich. In solchen Gesprächen können Hemmschwellen abgebaut werden, wie beispielsweise Fragen der Kinderbetreuung.
- Im Rahmen der Kurse soll es die Möglichkeit für individuelle Beratung und individuelles Coaching geben. Aus diesen Gesprächen, die Raum für persönliche Fragen und Perspektiven geben, wird dann ein gemeinsamer Integrations- und Bildungsplan erarbeitet und in einer Vereinbarung festgehalten. Das hilft dabei, die Erwartungen zu klären und Verbindlichkeit herzustellen.
- Die Inhalte der Kurse müssen laufend weiterentwickelt und an aktuelle Gegebenheiten angepasst werden – beispielsweise hinsichtlich Gewaltprävention, dem Umgang mit Polizei und Behörden sowie der Selbstbestimmung von Mann und Frau.

Integrationsinitiativen haben keine Wirkung, wenn wir die Betroffenen nicht erreichen. Oft fehlt der Kontakt zu den Zielgruppen und so entgehen uns jene Personen, die die Unterstützung am meisten brauchen.

- Integrationsmaßnahmen müssen vor Ort passieren und wirken. Ehrenamtliche Deutschkurs-Initiativen oder anderen Integrationskurse sind eine Möglichkeit,

bürgernahe Integration in der Großstadt möglich zu machen. Diese haben sich bisher bewährt und sollen organisatorisch durch staatliche Träger unterstützt werden.

- Die Bezirke können ihren Beitrag dazu leisten: Bezirksamter sind der ideale Ort für Sprach- und Integrationskurse, die von Ehrenamtlichen gestaltet werden. Die dortigen Räume sollen genutzt werden können.
- Räumlichkeiten der Stadt dürfen nicht an radikale oder salafistische Vereine vermietet werden.
- Integration ist eine Querschnittsmaterie. Das vielfältige Angebot der verschiedenen Abteilungen und die Bürokratie führen rasch zu Frustrationen. Integrationsmanager sollen die Verbindung zwischen den Magistratsabteilungen mit all ihren Maßnahmen und den Migrant_innen herstellen. Sie stehen den integrationswilligen Neuankömmlingen bei allen Themen hilfreich zur Seite und sorgen mit ihrem Wissen dafür, dass die gesamte Familie in allen Belangen unterstützt wird.

Politische Teilhabe ist für die Integration wichtig. Denn die Politik ist der Ort, an dem wir uns ausmachen, wie wir gut miteinander leben. Menschen, denen wir keine Möglichkeit zur politischen Mitsprache geben, fühlen sich ausgeschlossen. Das hat negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

- Die Durchführung von Staatsbürgerschaftsverfahren in Wien erfolgt zu bürokratisch, teuer und intransparent. Laut Volksanwaltschaft kam es in zahlreichen Fällen zu vermeidbaren Verzögerungen. Das muss sich ändern.
- Doppelstaatsbürgerschaften sind derzeit in der Regel nicht zulässig und die Hürden für die Erlangung der Staatsbürgerschaft sind sehr hoch. Dies wird den Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts nicht gerecht, die von hoher internationaler Mobilität von Menschen gekennzeichnet sind. Deshalb müssen wir die Regelungen zur Doppelstaatsbürgerschaft modernisieren. Auch der nachträgliche Erwerb der österreichischen Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit muss möglich werden.
- Die weiteren Voraussetzungen (Unbescholtenheit, Mindestaufenthaltsdauer, Integration/Sprachkenntnisse, Staatsbürgerprüfung) bleiben bestehen. Die Berechnungsmodalitäten des gesicherten Lebensunterhalts sind zu überarbeiten.

Als Großstadt ist Wien besonders attraktiv für Zuwanderer und Flüchtlinge. Dieser Pull-Faktor führt dazu, dass die Stadt im Vergleich zu anderen Bundesländern mit einer besonders hohen Integrationslast konfrontiert ist.

- Um den Pull-Faktor Wiens einzudämmen, braucht es eine bundeseinheitliche Regelung von Sozialleistungen und Mindestsicherung. Wenngleich die Entscheidung auf Bundesebene angesiedelt ist, muss sich die Stadt Wien dafür einsetzen, dass es bald zu einem solchen Beschluss kommt.
- Die Residenzpflicht muss auf anerkannte Flüchtlinge ausgeweitet werden: Der Bezug von Sozialleistungen soll an den Wohnsitz in einer Gemeinde gekoppelt sein. So kann man den Zuzug nach Wien reduzieren.

Soziales

Das soziale Netz muss allen zur Verfügung stehen, die es brauchen. Diese Solidarität darf nicht davon abhängig sein, ob man in Wien geboren ist oder wie gut man die deutsche Sprache spricht.

Arbeitsmarktpolitik muss ein Sprungbrett sein, das jede und jeden dabei unterstützt und ermutigt, erwerbstätig zu sein, um so ihr oder sein Leben eigenständig und erfolgreich gestalten zu können.

Derzeit ist das Sozialsystem kompliziert und zu wenig treffsicher. Ein Dschungel an Leistungen und Förderungen aus unterschiedlichen Quellen schafft Unsicherheit und Intransparenz. Oft kommen Geldleistungen nicht jenen zugute, die die Leistungen wirklich brauchen – gerade, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik hält Menschen zu sehr und zu lange in Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit.

- Wir fordern eine Vereinfachung des Sozialsystems durch die Einführung des liberalen Bürgergelds. Das bestehende System verschiedener Einzelsozialleistungen, wie Mindestsicherung und Notstandshilfe, ist verwirrend und soll durch das Bürgergeld als primäre Leistung der sozialen Absicherung ersetzt werden. Das liberale Bürgergeld ist unbürokratisch, treffsicher und effektiv. Die Leistung basiert auf dem Einkommen und wird bei erhöhtem Einkommen allmählich so gekürzt, dass es sich immer lohnt, mehr zu verdienen. Somit bietet das System einen Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen. Damit ist es nicht nur ein sicheres letztes Auffangnetz, sondern auch ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt.
- Wir lehnen es ab, dass Kinderbeiträge im Rahmen der Sozialhilfe degressiv gestaffelt sind. Jedes Kind muss gleich viel wert sein.
- Sozialleistungen in Form von Sachleistungen sollen ausgebaut werden. Mit Sachleistungen erreichen wir besonders Kinder und Jugendliche direkt und können ihnen so faire Chancen auf Bildung ermöglichen. Sachleistungen als Nachmittagsbetreuung mit Verpflegungsangeboten und/oder Freizeit- und Lernbetreuung ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen Zugang zu einer fairen und chancengerechten Zukunftsgestaltung.
- Wer eine Sozialleistung bezieht, soll Bildungsangebote in Anspruch nehmen können, wie alle anderen auch. Wir wollen verstärkt Sachleistungen zur Verfügung stellen, mit denen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten weiter genutzt werden können, auch wenn man sich gerade in einer sozialen Notlage befindet. Auch Kinderbetreuungs- und Mobilitätsangebote sollen auf diese Weise zugänglich werden oder bleiben.

Sehr Junge und Ältere erhalten oft besonders schwer ein Angebot am Arbeitsmarkt. Diese Menschen bekommen derzeit nicht die Unterstützung, die sie brauchen.

- Die polytechnischen Schulen müssen dringend reformiert werden. Nützen wir das Potential der ‚Polys‘ und machen sie zu Berufschancenschulen, an denen Schüler_innen individuell bei ihrem Einstieg in die Arbeitswelt unterstützt werden. Durch die Erweiterung der polytechnischen Ausbildung auf zwei Jahre kann das erste

Jahr mit weniger Druck zum Aufholen von Lernlücken verwendet werden. Im zweiten Jahr soll die Berufsorientierung im Vordergrund stehen, damit polytechnische Absolvent_innen bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt die erworbenen Kompetenzen nachweisen können

- Um Altersarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, müssen Hürden für Arbeitgeber_innen abgeschafft werden, die das Einstellen älterer Arbeitnehmer_innen unattraktiv machen. Hierfür muss beispielsweise das Senioritätsprinzip im Kollektivvertrag überdacht werden.
- Maßnahmen für lebenslanges Lernen müssen angeboten und gefördert werden, damit eine eventuelle Umqualifizierung rechtzeitig möglich ist. Ausbildungen und Qualifizierungsangebote sollen nach persönlicher Neigung und unabhängig vom Alter der Person angeboten und unterstützt werden. Somit bleiben Arbeitnehmer_innen länger am Arbeitsmarkt attraktiv.

In der Sozialarbeit fehlt es an Ressourcen. Darunter leiden jene in unserer Gesellschaft, die besonders hilfsbedürftig sind. Sozialarbeiter_innen sind in ihrer Arbeit oft überfordert und bekommen nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Um ihren Beitrag möglichst effektiv zu machen, sollen der Sozialarbeit mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

- Wir fordern erhöhte Ressourcen für die aufsuchende, mobile Sozialarbeit, damit Herausforderungen vor Ort identifiziert und möglichst niederschwellige Angebote geleistet werden können.
- Notschlafstellen müssen 365 Tage im Jahr in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Das gilt auch für den Sommer.
- Das Thema Sucht muss entstigmatisiert werden, damit betroffene Menschen auch die notwendige Hilfe bekommen. Dazu braucht es einen Ausbau der Drogenkonsumräume, die suchtkranken Menschen ein sicheres Umfeld bieten, sowie der Spritztauschprogramme, um die Verbreitung übertragbarer Krankheiten wie Hepatitis und HIV zu verhindern.

Die Ressourcen für Opfer von häuslicher Gewalt reichen nach wie vor nicht aus, um den Bedarf zu decken. Somit bekommen die am meisten gefährdeten Mitglieder unserer Gesellschaft nicht die Unterstützung, die sie dringend brauchen.

- Frauenhäuser und Gewaltambulanzen brauchen mehr Mittel und Ressourcen.
- Dazu braucht es ein spezifisches Angebot für Kinder und Jugendliche, die selbst von Gewalt betroffen sind oder Zeugen häuslicher Gewalt wurden. Die Module der Gewaltprävention und des Gewaltschutzes müssen in der richterlichen und staatsanwältlichen Ausbildung verankert werden.

Viele gefährdete Kinder bekommen in Wien noch nicht den Schutz, den sie brauchen. Sie fallen durch das System durch und es wird nicht ausreichend um sie gekümmert.

- Wir bekennen uns zur UNO-Kinderrechtskonvention und setzen uns dafür ein, dass Kinderrechte immer geschützt werden.
- Kinder und Jugendliche in sozialpädagogischen Wohngemeinschaften brauchen immer eine Sozial- und Krankenversicherung, die derzeit nicht flächendeckend geleistet ist.

- Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche sollen jederzeit auch digital über eine Messenger-App erreichbar sein. Dazu soll bei diesen Stellen einen verstärkten Fokus auf den Umgang mit Cybermobbing gelegt werden.

Gleichstellung und Chancengerechtigkeit

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Für unsere offene Gesellschaft ist es entscheidend, dass die Gleichheit aller Menschen anerkannt wird. Um das volle Potential unserer Gemeinschaft auszuschöpfen, müssen wir unsere Mitmenschen aufgrund ihrer individuellen Talente und Fähigkeiten beurteilen. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Orientierung oder der religiösen Zugehörigkeit einer Person hat in Wien keinen Platz. Dabei muss insbesondere unsere historische Verantwortung gegenüber der jüdischen Glaubensgemeinschaft berücksichtigt werden.

In den letzten Jahrzehnten wurden wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung von Frauen gesetzt. Dennoch gibt es viel zu tun und zu verbessern. Frauen werden im Durchschnitt immer noch schlechter bezahlt als Männer und sind besonders armutsgefährdet. Auch die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie ist nach wie vor sehr herausfordernd. Die Hauptlast liegt meist bei den Frauen. Hier braucht es Reformen, die einen Ausgleich schaffen.

- Die Stadt Wien muss im eigenen Wirkungsbereich eine Vorreiterrolle hinsichtlich der Gleichstellung von Mann und Frau in der Arbeitswelt übernehmen. Arbeit soll künftig anhand eines objektiven Kriterienkatalogs bewertet werden, um ungerechte Einkommensunterschiede zu verhindern.
- Wir fordern, dass sowohl die Stadt als auch ihre ausgelagerten Gesellschaften verstärkt flexible Arbeitszeiten und Teleworking ermöglichen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen und somit den Frauenanteil in ihren Führungsetagen zu erhöhen.
- Um Armut und Armutsgefährdung zu erheben, braucht es personenbezogene statt haushaltsbezogener Parameter. Nur so wird auch das verdeckte Armutsriski sichtbar gemacht, das vor allem Frauen betrifft. Gemeinde- bzw. Sozialwohnungen, etwa für Alleinerzieher_innen und ihre Kinder nach Trennungen, sind rasch verfügbar zu machen.
- Um Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zur Norm zu machen, müssen wir bereits im frühen Alter ansetzen: In Kindergärten, Volks- und Mittelschulen müssen Geschlechterstereotype vermieden werden. Dies kann zum Beispiel durch die Wahl geschlechtersensibler Unterrichtsmaterialien und durch ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis unter den Pädagog_innen erfolgen. Kinder erleben dann sowohl männliche als auch weibliche Fürsorger_innen.
- Anlaufstellen zur Gewaltprävention für Frauen und Männer sowie für Opfer und Täter_innen müssen von der Stadt Wien ausreichend unterstützt werden, damit sie ihre wichtige Aufgabe erfüllen können. Vor allem zu kritischen Zeiten wie Weihnachten muss das Angebot ausgebaut werden, damit keine gefährdete Person im Stich gelassen wird.

Es gibt nach wie vor Hürden für Menschen mit Beeinträchtigung, die sie von einer möglichst freien und selbständigen Teilnahme an unserer Gesellschaft hindern.

- Wir fordern überall in Wien ausreichend Kindergarten- und Kinderkrippenplätze für Kinder mit Beeinträchtigung. Es muss dazu einen Rechtsanspruch auf einen Platz im eigenen Bezirk geschaffen werden. Diese Kindergärten und Kinderkrippen müssen mit besonders geschultem Personal ausgestattet sein.
- Die Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr muss ausgebaut werden. Bei Straßenbahn- und Bushaltestellen braucht es Ansagen, damit Sehbehinderte wissen, welche Linie ankommt. Im U-Bahn-Netz muss überall die nächste WC-Anlage gut ausgeschildert sein. U-Bahn-Stationen brauchen ausreichend Aufzüge, damit Familien mit Kleinkindern sowie Menschen mit Beeinträchtigung nicht in ihrer Mobilität eingeschränkt werden.
- Bei der Gestaltung von Gemeindewohnungen muss die Barrierefreiheit immer mitbedacht werden. Wien braucht ein ausreichendes Kontingent an barrierefreien Gemeindewohnungen.

Trotz einiger positiver Reformen in den letzten Jahren wird die LGBTIQ-Community nach wie vor mit verschiedenen Formen der Diskriminierung konfrontiert.

- Wir fordern gleiche Rechte in allen Bereichen des Lebens und ein konsequentes Vorgehen gegen jegliche Diskriminierung für die LGBTIQ-Community.
- Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass Republik die Österreich dem Vorbild des deutschen Bundestags folgt und die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus um Entschuldigung bittet.
- Weiters soll sich die Stadt Wien für ein Entschädigungsgesetz auf Bundesebene einsetzen, das alle Opfer einschlägiger aufgrund der sexuellen Orientierung diskriminierenden Regelungen, insbesondere Strafrechtsgesetz Paragraf 209, umfasst.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das geplante Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen endlich errichtet wird.

Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Österreich. Von 2014 bis 2017 hat sich die Zahl der antisemitischen Vorfälle fast verdoppelt. Der Antisemitismus-Bericht 2017 listet 503 gemeldete Vorfälle gegenüber Juden auf. Aufgrund unserer besonderen Verantwortung gegenüber der jüdischen Glaubensgemeinschaft müssen wir entschieden gegen diese bestürzende Entwicklung vorgehen.

- In Wien muss konsequent gegen die Diskriminierung von Juden und Jüdinnen vorgegangen werden. Der hohe Schutz jüdischer Einrichtungen durch Wachdienste und Polizei muss aufrechterhalten bzw. gegebenenfalls verstärkt werden.
- Unser Bildungssystem hat die wichtige Aufgabe, allen Schüler_innen den Gleichheitsgrundsatz zu vermitteln sowie ein Bewusstsein für die Schrecken des Holocausts zu schaffen. Nur durch politische und historische Bildung können Gewaltideologien nachhaltig bekämpft werden.

Kultur

Kunst und Kultur sind seit jeher ein zentraler Bestandteil unseres Wiener Stadtlebens. Sie wirken identitätsstiftend und sind oftmals Ausgangspunkt und Verstärker wichtiger gesellschaftlicher Diskussionen. In einer Stadt wie Wien, deren Wesen untrennbar mit Kunst und Kultur verflochten ist, muss Kulturpolitik mehr sein als das bloße Absegnen von Kulturförderungen. Eine vielfältige, lebendige, moderne, innovative und insbesondere unabhängige Kunst- und Kulturszene braucht Mittel und Räume, um sich entfalten zu können. Dabei müssen die großen Kulturinstitutionen und die freie Szene als gleichberechtigte Partner am kulturpolitischen Diskurs gesehen werden und gemeinsam die Stadt bereichern können. Auch alle anderen Sparten der Kunst und Kultur – die darstellende und bildende Kunst, Musik, Literatur, Architektur, Film sowie Design und neue Medien – haben das Recht auf ein fruchtbare Umfeld, in dem sie ihren Beitrag leisten können.

Es braucht mehr Transparenz und Fairness bei der Vergabe von Förderungen durch die MA 7. Kulturschaffende können oft nicht nachvollziehen, warum sie Förderungen bekommen oder nicht.

- Die Vorauswahl gewährter oder abgelehnter Förderungen seitens der MA 7 soll künftig begründet und öffentlich gemacht werden. Das bringt Transparenz, schafft zusätzliche Informationen zum eigentlichen Förderbedarf der Kulturschaffenden und gibt die Möglichkeit der Antragsüberarbeitung. Die gewährten Förderungen sollen einem Evaluierungsprozess unterzogen und durch regelmäßige Berichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- Wir fordern ein Kulturfördergesetz für Wien zur Festlegung von Förderzielen im Kulturbereich. Dazu soll ein strategischer Kulturentwicklungsplan mit Zielen, Wegen und Evaluierungskriterien erstellt werden. Mit Hilfe partizipativer Prozesse wird dieser Plan alle zehn Jahre evaluiert und erneuert.
- Eine Compliance-Regelung soll verhindern, dass Mitglieder der Kulturkommission und die bzw. der Bezirksvorsteher_in Förderungen an einen Verein genehmigen, in dessen Vorstand sie selbst sitzen. Es braucht eine Informationspflicht über aktuelle politische Mandate der Förderwerber_innen bereits bei der Antragsstellung.
- Feste und Feierlichkeiten von Parteien sollen nicht mehr aus dem Kulturbudget gefördert werden.
- Förderrichtlinien für die Vergabe von Bezirkskulturförderungen müssen in allen Bezirken etabliert werden, um Transparenz sicherzustellen.
- Die Entscheidung über die Vergabe von Bezirkskulturförderungen soll künftig die Bezirkskulturkommission treffen und nicht allein die bzw. der Bezirksvorsteher_in.

In Wien werden derzeit viele qualifizierte Künstler_innen ausgebildet. Nach ihrer Ausbildung sehen viele aber keine Perspektive in Wien. Dieser Verlust des künstlerischen Nachwuchses ist eine Tragödie für die Kulturmepole Wien.

- Öffentliche Institutionen oder Institutionen, die öffentliche Förderungen ab einer Höhe von 100.000 Euro erhalten, sollen verpflichtet werden,

Nachwuchskünstler_innen mittels Einbindung in das künstlerische Programm oder durch eine eigene Programmschiene zu fördern.

- Wien soll sich mit einer eigenen Förderlinie an den Start-Stipendien des Bundes beteiligen, umso Wiener Nachwuchskünstler_innen gezielt fördern und eigene inhaltliche Schwerpunkte in der Nachwuchsförderung setzen zu können. Alle Absolvent_innen der künstlerischen Studienfächer in Wien können sich dafür bewerben. Unterstützt werden die Stipendiat_innen zusätzlich durch ein begleitendes Mentoring Programm: Erfahrene Mentor_innen aus den jeweiligen Sparten stehen den Stipendiat_innen während der Dauer der Förderung in beratender Funktion zur Seite, um sie dabei zu unterstützen, sich mit den vielfältigen Herausforderungen des Berufslebens vertraut zu machen.

Trotz der vielen Leerstände in unserer Stadt fehlt es den Wiener Kunst- und Kulturschaffenden an räumlicher Infrastruktur, wie allgemeinen Kulturräumen sowie Atelier- und Proberäumen.

- Wien braucht langfristige Lösungen in der Stadtentwicklung, um ausreichend Raum für Kunst und Kultur zu schaffen. In Stadtentwicklungsgebieten sollen kulturelle und künstlerische Räume künftig mitgedacht werden. Ebenso sollen in leeren Erdgeschoßzonen Zwischennutzungsmodelle für zeitlich begrenzte Kunstprojekte entwickelt werden.
- Eine neu geschaffene Servicestelle der MA7 soll Künstler_innen in rechtlichen und administrativen Belangen unterstützen und beraten.
- Das Potential ungenutzter Flächen und Räume, die im Eigentum der Stadt Wien stehen, muss besser genutzt werden. Das Kulturressort der Stadt Wien soll gemeinsam mit anderen Ressorts durch gezielte Kommunikation und Kooperation die Vermittlung solcher Möglichkeiten sicherstellen.
- Etablierte Kulturhäuser sollen verstärkt Projekte in anderen Bezirken ins Leben rufen, um das Kulturangebots besser über ganz Wien zu verteilen.
- Dafür sollen diese Kulturhäuser ihre Räumlichkeiten der freien Szene vermehrt zur Verfügung stellen, um neuen Ideen Raum zu geben.
- Wir fordern die Schaffung eines interaktiven, digitalen Stadtplans für öffentliche und private Aufführungs- und Produktionsräume sowie Flächen für Kunst- und Kulturschaffende.

Kunst- und Kulturschaffende sind aufgrund nicht reglementierter Arbeitsbedingungen besonders gefährdet, ins Prekarat zu rutschen. Es fehlt an einem rechtlichen Rahmen, der ein Mindestmaß an arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Schutz bietet.

- Ein Richtwert zur fairen Bezahlung der Kunst- und Kulturschaffenden soll langfristig als Orientierung eines fairen, branchenüblichen Gehaltsschemas im Kunst- und Kulturbereich etabliert werden. Als Basis soll eine Evaluierung der derzeitigen Gehaltsschemata dienen. Dabei sollen öffentliche Institutionen, sowie Institutionen, die öffentliche Förderungen in der Höhe von mindestens 100.000 Euro erhalten, untersucht werden.

Kulturelle Bildung erleichtert die Teilhabe am künstlerisch-kulturellen Geschehen. Diese hängt oft von finanziellem oder sozialem Hintergrund ab und wird noch nicht allen zugänglich gemacht.

- Wir fordern die Schaffung einer Plattform (On- und Offline-Servicestelle), auf der angebotene Kunst- und Kulturvermittlungsprojekte zentral erfasst werden. Kindergärten und Schulen sollen sogenannte Kulturtoken bekommen, die sie auf der Plattform einlösen können, um Angebote zu buchen.
- Zusätzlich muss die Kunstvermittlung ausgebaut werden, damit die möglichst viele Einwohner_innen mit dem Kulturangebot erreicht werden.
- Wien braucht mehr Musikschulen. Die Stadt Wien soll mittelfristig dafür sorgen, dass es in jedem der 23 Bezirke eine solche gibt.

Tiere in der Stadt

Das Zusammenleben von Tieren und Menschen ist ein wichtiger Faktor in unserer Stadt. Die Sicherung der Tierrechte braucht einen evidenzbasierten Zugang, den wir in die Politik einbringen.

Tierschutz ist ein wichtiges Anliegen, das von der Stadtpolitik in allen Entscheidungen mitberücksichtigt werden muss. Unnötiges Tierleid durch nicht artgerechte Haltung oder Schlachtung muss vermieden werden.

- Der Tierschutz liegt in Österreich in der Kompetenz des Bundes und des Nationalrats. Wien muss sich daher auf Bundesebene für ein verbessertes Tierschutzgesetz einsetzen. Es braucht eine artgerechte und bessere Haltung von Nutztieren, kürzere Tiertransportzeiten, höhere Strafen für Tierquälerei und mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von tierischen Produkten hinsichtlich Herkunft und Haltung.
- Bei der Transparenz von tierischen Produkten soll die Stadt Wien eine Vorreiterrolle übernehmen. Überall, wo die Stadt Wien in Verantwortung ist – zum Beispiel bei Schulbuffets, Kindergärten, Pensionistenwohnhäusern, Krankenanstalten oder Magistratskantinen –, muss es lückenlose Transparenz bei Informationen über Herkunft und Qualität von eingesetzten Lebensmitteln geben.
- Wir fordern, dass das in Schulen angebotene Fleisch aus möglichst regionaler und biologischer Landwirtschaft stammt.

Die Regelungen für die Hundehaltung sind in Wien willkürlich und gehen oft an den Realitäten vorbei. Im Sinne der vermeintlichen Sicherheit wird immer wieder gegen bestimmte Hunderassen gehetzt. Derartige Rasselisten, die ohne wissenschaftliche Evidenz erstellt werden und bestimmte Hunderassen diskriminieren, lehnen wir ab.

- Um Tierrechte zu sichern, braucht es einen evidenzbasierten Zugang für das Zusammenleben von Menschen und Tieren in Wien. Wir fordern ein ordentliches Tierhaltegesetz, das gemeinsam mit Expert_innen erstellt wird, transparente und nachvollziehbare Kriterien als Grundlage hat und einer Gesetzesbegutachtung unterliegt.
- Sicherheitsrisiken entstehen in den meisten Fällen aufgrund nicht adäquater Hundehaltung. Sachkundenachweise, die zukünftigen Hundehalter_innen relevante Kenntnisse über den Umgang mit Hunden und deren Haltung in der Stadt bieten, sollen forciert werden.

Die Personenbeförderung mittels Pferdekutschen ist in einer modernen Stadt wie Wien nicht mehr zeitgemäß. Hitzebelastung und andere Tierschutzgründe sprechen dagegen. Im dichten Straßenverkehr passieren immer wieder Unfälle, bei denen Tiere und Menschen zu Schaden kommen. Außerdem reißen Kutschenräder wie auch Pferdehufe Löcher in die Straße und somit in die Bezirksbudgets. Vor allem die Innere Stadt muss deshalb jedes Jahr viel Geld für Straßensanierungen ausgeben.

- Zum Wohl der Tiere fordern wir, den derzeitigen Hitzestopp von derzeit 35 Grad auf 30 Grad zu senken. Dafür soll der Betrieb der Fiaker in den kühleren Morgenstunden (vor 11 Uhr) wieder möglich sein.
- Mittelfristig soll es keine Neuvergabe oder mögliche Weitergabe (durch erb berechtigte Hinterbliebene) von Fiakerkonzessionen geben.